

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühr. Für Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. September 1918

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 109

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel: „Götterdämmerung“**  
 Papiernot und Papierverknappung: Profektung der deutschen Zeitungsverleger gegen weitere Papierverknappung und die Verschleppung der staatlichen Zuschüsse.  
 Ernährungswirtschaft: Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften und des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei an den Reichskanzler über das Ernährungsseid.  
 Korrespondenzen: Berlin. — Selbstbrunn. — München.  
 Nachrichten: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwerm- und Schwerstarbeiter. — Nachahmenswertes Beispiel. — Fortschritte in der Neuregung der Kofgeldbeschädigung für Beurlager. — Steuerungsulagen für Hilfsarbeiter. — Einmalige Steuerungsulagen für Beamte. — Der Wofensiedergehilfenverband im Jahre 1917. — Arbeiterkontrollen in der Seidinduftrie. — Unternehmerverdienste. — Einleitung der 25 Pfennig-Stücke.  
 Bericht der Hauptverwaltung vom Monat Juli 1918.

## „Götterdämmerung“

Zur Vertragsgemeinschaft der Prinzipale und Faktoren

Ein neuer Abschnitt in dem Organisationsleben des graphischen Gewerbes hebt an.  
 („Graphische Welt“ Nr. 17.)

War das doch eine Heilsbotschaft, nämlich die Verkündung der am 1. September in Kraft getretenen vielbesprochenen „Vertragsgemeinschaft zwischen den Prinzipalen und Faktoren des Deutschen Buchdruckerwesens“ sowie der neuen Steuerungsulagen für die Faktoren! „Seilschrift“ sowie die „Graphische Welt“ feierten zu diesem epochalen Ereignis in heilsamen Schritten dabei markierende Begleitartikel bei. Das nun und jetzt an hat nach dem Faktorenorgan sogar ein neuer Abschnitt des Organisationslebens im graphischen Gewerbe begonnen! Die „Seilschrift“ vertieg sich in ihrem über die gewohnte Kürze hinausgehenden, auch von sonst nicht üblicher Gefühlswärme zeugenden Artikel zu der schwellenden Hoffnung, daß die neue Vertragsgemeinschaft „so recht wie gedacht und geplant zum Segen des gesamten Gewerbes und des einzelnen dienen möge“; hält sie für geeignet, „von weiftragendster und fruchtbringendster Bedeutung für das graphische Gewerbe zu werden“. Abteilig steht man diesem großen Geschehen und läßt Zeitgeschichte neben sich hämmern . . .

Nach solcher Begeisterung müßte eine wahre Götterdämmerung für das arme, geschundene Buchdrucker Volk angebrochen sein, das verlonnen und verfallenen nichts sah und nichts merkte von der großen Zeitnotwendigkeit, die über die schweren Kriegsnot des unres Gewerbes ganz sicher über hinweghelfen und mit den kommenden Friedensgebühren ebenso bestimmt fertig werden wird. Den Stein der Weisen zu finden, scheint leichter gewesen zu sein, als dieses großartige Werk gottfälligen, neumodischen Gemeinlichkeitswesens zwischen zwei wirtschaftlichen Interessentengruppen aufzurichten, von denen der eine Teil genau weiß, was er will, der andre aber durch seine Unterhändler allzu harmlos und gar zu wenig selbstinteressiert auf eine schwankende Brücke getreten ist. Wir wollen unbetri von dieser Atmosphäre des Vertrauens unres Meinung sagen, wie wir sie in der Angelegenheit seit dem vergangenen Jahre gehabt und mehrmals bekundet haben. Dem Faktorenorgan können wir deshalb den Schmerz nicht eriparen, seiner Auffassung und Erwartung, der neue Vertrag werde

angeseht seiner neutralen Grundlage und seiner obliegenden Ziele bei allen Prinzipalen, Faktoren und Gehilfen zustimmend begrüßt werden; er kann keinen wirklichen Gegner haben, weil er lediglich nützliche Arbeit ausüben und noch ungerogelte Beziehungen ordnen will, entschieden zu widersprechen. Auf unres Seite hat dieser nunmehr dokumentarische Beweis der Unabhängigkeitserklärung von der Gehilfenschaft wie der mit fliegenden Fahnen erfolgte Abgang von völliger Abhängigkeit von der Prinzipalität eine ganz andre Stimmung ausgelöst.

Daß die positive Regelung der Bezahlung und der Anstellungsverhältnisse überhaupt erst der Festlegung durch einen auf kompliziertem Wege zu schaffenden besonderen

Anstellungsvertrag (§ 7) vorbehalten bleibt, nimmt diesem Rahmenvertrag auch die Gleichung mit der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe, zu der die Vertragsgemeinschaft „sachlich, wenn auch nicht formell, eine Ergänzung bildet“, wie die „Graphische Welt“ irrig meint, denn bei der Tarifgemeinschaft steht der materielle Teil — der Tarif selbst — voran, während der organisatorische an- und abschließend folgt. Mit andern Worten deutlicher gesagt: Die Vertragsgemeinschaft erhält an ideellen Verpflichtungen für die Faktoren alles, an materiellen von Seiten der Prinzipale noch gar nichts! Das soll erst im zweiten Akte kommen, wenn unter Mitwirkung der Unterausschüsse der Hauptauschub einen Normalvertrag (Dienstvertrag) aufgestellt haben wird. Ob darüber noch viel Zeit vergeht und wie besagte Regelung bei den in diesem Falle doch nicht einfach zusammengehenden Interessen beider Teile ausfällt, das sind schwerwiegende Fragen. Die Gehilfen haben zur freudigen Begrüßung der bei den Faktoren angebrochenen „Götterdämmerung“ ferner keine Veranlassung, weil sie einen geeigneteren und mehr erfolgversprechenden Weg zur materiellen Verbesserung durch ihr Organ in Vorschlag gebracht und noch bei der letztmaligen Tarifausschüßung ernstlich abgemacht haben, ein Mittelding zu schaffen, an dem niemand ungeprüfte Freude empfinden wird, das vielmehr, wie wir schon früher schrieben, ein schlechter Abkalt der Tarifgemeinschaft werden muß.

Da der Faktorenbund in seiner Besessenheit, von der Gehilfenschaft abzurücken, allen Vorklunagen sich unzugänglich erwie, so haben die Faktoren nun die Folgen der falschen Kompromittierung zu fragen. Nicht alle! Der der Vertragsgemeinschaft gegebene Titel ist direkt falsch. Es handelt sich nur um ein Abkommen zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Deutschen Faktorenbunde, zu dem die letztere Organisation eingetandenermaßen Veranlassung gegeben hat. Es kann also keine Rede davon sein, daß dem Faktorenbunde fernstehende Personen in gehobener Stellung, deren Prinzipale aber dem Deutschen Buchdruckerverein angehören, der Vertragsgemeinschaft beitreten müssen, wie es der § 2 im zweiten Abfage will. Ist die Vertragsgemeinschaft weiter nichts als eine Extrawurk, die sich der eine Teil aus geradezu natem Standesbewußtsein, der andre aber aus Mißtrauen gegen den Verband gebrahen hat, so soll man nur gar irgendwelche Pressionsversuche unterlassen. Seit dem Dezember 1907 hat der Deutsche Buchdruckerverein irgendwelcher Organisationsförderung enflagt; er kann bei den Faktoren doch kein andres Gesicht haben als bei den Gehilfen! Wenn das der neue Abschnitt im Organisationsleben des graphischen Gewerbes sein soll, dann muß alles getan werden, daß er erst gar nicht zur Entwicklung kommt. Dann wäre ja der Zustand geschaffen, den man in total falscher Auffassung von dem unerleits der dämmernden Vertragsgemeinschaft schon entgegengebrachten Interesse vor vier Monaten im Faktorenorgan mit Löwenmut bekämpfte: der Organisationszwang. Dieses blinde Losrennen gegen den Verband damals und nun ein Status, der, umschrieben, auf den unnerke, aber nicht im geringsten beständigen Abficht des unklugerwelle mißliebig betrachteten Nachbarn hinausläuft — das ist in der Tat eine peinliche Situation für diejenigen, die auf Faktorensseite für die wundervolle Beförderung der Vertragsgemeinschaft verantwortlich zeichnen.

Die weniger vom Standesbünkel geplagten Faktoren usw. werden es auch vorziehen, von dieser Vertragsgemeinschaft mit so einseitiger Verteilung von Rechten und Pflichten nicht erfaht zu werden, weil mit den neuen Steuerungsulagen die „Götterdämmerung“ der Faktoren gar schlecht begonnen hat.

Die „Götterdämmerung“ für die Faktoren ist mit den neuen Steuerungsulagen fastfächlich in einer Weise angebrochen, daß in deren Stellen die wirkliche Stimmung zu der schwingvollen Begrüßung der neuen Organisations-

ära in der „Graphischen Welt“ wie in der „Seilschrift“ wie kalter Wasserguß zum Seilfluffbade stehen muß. Es ist nämlich zwischen den beiden Leistungen vereinbart worden, daß vom 1. September an unter Einrechnung der bisher gewährten Steuerungsulagen auf Einkommen bis zu 300 Mk. monatlich 75 Mk. gezahlt werden sollen, bis zu 350 Mk.: 70 Mk., bis 400 Mk.: 60 Mk., über 400 Mk.: 50 Mk. Wenn in der Gehilfenschaft gewiß kein Hofanna über unres neuen Steuerungsulagen angeklummt zu werden braucht und dies auch nirgends geschehen ist, so muß der Abstand zwischen dem Erreichten hier und dort doch frapieren. Es ergibt sich nämlich kaffelweise folgende Gegenüberstellung, wenn für die Gehilfen die zahlenmäßig hauptsächlich in Betracht kommende (höchste) Lohnaufschlagsgruppe zur Unterlage genommen wird:

Gehilfen	Faktoren
103,03 Proz.	25,00 Proz.
94,29	20,00
86,49	15,00
79,49	12,50
74,39	
67,44	

Wir haben in Nr. 53 d. J. auf Grund der Feststellungen und Auslassungen im Faktorenorgan die bisherigen Steuerungsulagenresultate wie die Gehaltsverhältnisse als äußerst unbefriedigend bezeichnen müssen. „Das Gros der Kollegen hält aber noch immer bei den für Mittel- und Großstädte völlig unzureichenden Gehältern von 250 bis 350 Mk.“, urteilte die „Gr. W.“ im Frühjahr selbst. Die neuen Sätze nun nennt sie für Großstädte recht bescheiden und hoffte, daß darüber hinausgegangen wird.

Das Gros der Faktoren erhält also 72,50 Mk. monatlich im Durchschnitt der zwei ersten Stufen als Steuerungsbeihilfe gemäß der ersten praktischen Zusammenarbeit der neuen Kontrahenten. Nimmt man die neuen Gehilfensteuerungsulagen (1. August und 1. Dezember) als Ganzes und von den drei ersten Lohnklassen den Durchschnitt, so würde in Umrechnung auf Monatszahlung ein veretreteter Gehilfe 132 Mk. erhalten, also 59,50 Mk. mehr. Läßt man auch einen Abstand zwischen dem reinen Faktorengesamt und Gehilfenlohn gelten, so ist die Benachteiligung der Faktoren doch recht groß. Ein Gehilfe in den beiden höchsten Lohnklassen bekommt monatlich noch 119 Mk. Steuerungsulage, ein Faktor dagegen 55 Mk.

Die namentlich in diesem Jahre fast ohne Unterbrechung im Faktorenorgan angeklumnten Klageleder über die Schlechterstellung der Faktoren haben mitbin unter der Ara der Vertragsgemeinschaft noch mehr Berechtigung erhalten. Wenn so der „vorausgeschriebenen Profektifizierung der Angefallenen Einhalt getan“ sein soll, dann mögen sich die Faktoren vor den Kopf schlagen in dem sicheren Bewußtsein, daß bei ihrer Eingliederung in die Tarifgemeinschaft andre Steuerungsulagen für sie zustande gekommen wären! Es steht nach alledem fest, daß ein Faktor besser fährt, wenn er auf die Faktorenteuerungsulage verzichtet und auf die Gehilfenzulage in den höchsten Lohnklassen reflektiert, obwohl diese nach allgemeiner Auffassung noch ungenügend bemessen sind. Es kann der Gehilfenschaft auch sonst nicht gleichgültig sein, wie die Faktoren bezahlt werden. Diese können sich ihnen bei gewünschten Lohnaufbesserungen zu leicht in den Weg stellen, wenn dadurch vielleicht ihre Gehaltsverhältnisse überschritten werden. Als aufmerksame Leser der „Gr. W.“ wissen wir, wie gern die Maschinenleher ausgespielt werden.

Nun könnte ja durch den noch materiell auszufüllenden § 7 der Vertragsgemeinschaft die Gehaltsfestlegung eine Regelung finden, die der ganz unzureichenden Berücksichtigung der köhlmiffen Steuerungsverhältnisse etwas nachhelfen würde. Der Glaube daran wird aber wohl auch in Faktorenkreisen nicht groß sein, vielmehr dürfte es sich um die beim Übergang in die Friedenswirtschaft später erfolgende Umrechnung der Steuerungsulagen zum Gehalte handeln. Seit Breßlitzkowsk sind Rahmenverträge, in die das Hauptfächlichste erst nachher

hineingearbeitet werden soll, übel beraten. Der stärkere Teil hat so schon den andern festgelegt.

Also bei der Probe aufs Exempel, der Vertragsgemeinschaft eine tragfähige metallische Unterlage zu geben, breitet sich vor den Faktoren laßes Zwielicht aus, nichts ist von der Ökterdämmerung einer besseren Zeit für sie zu sehen. Gewißlich aber wird gerade dieser Punkt Kassenammerfimmung bei ihnen erzeugen und dem Pakte mit der Prinzipalität kritische Aufnahme bereiten.

So weit war unser der Vertragsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Faktorenbunde bestimmter „Begründungsartikel“ gediehen. Da erkundeten wir von schon bemerkbarer Mißstimmung in Faktorenkreisen. In Berlin rüstete man zu einer Profetverammlung. Wir zogen vor, den Faktoren zunächst das Wort zu lassen. Wie in voriger Nummer berichtet, ist das mit Annahme einer scharfen Resolution geschieden. Nun können wir uns um so freier äußern. Viele Ersuchen aus den Reihen der Faktoren sind schon an uns gelangt, Stellung zu dem Vorgange zu nehmen, der noch starke Wellen schlagen dürfte. Artikel von Faktoren liegen bereits vor und sind noch angekündigt. In übernächster Nummer werden zunächst wir das Wort weiter nehmen; die Raumnof gestaltet es nicht hintereinander.

## Papiernof und Papierverfeuerung

XXXV. Profetfassung der deutschen Setzungsverleger gegen weitere Papierverfeuerung und Verschleppung der staatlichen Zuschüsse.

Die Papierfabrikanten beabsichtigen, einen neuen bedeutenden Aufschlag auf den Preis des Setzungsdruckpapiers zu legen. Da außerdem die zaudernde Haltung der Regierung in der sogenannten Abhörungsfrage fortbauer, hatte der Verein Deutscher Setzungsverleger eine Allgemeine Setzungsverlegerversammlung einberufen, um den Gefahren, die sich für die Gesamtheit der deutschen Setzungsverleger ergeben, unverzüglich zu begegnen.

Die Versammlung fand am 11. September 1918, vormittags 10 Uhr, in Berlin im Bankeisaaale des Weimahauses „Aheingold“ statt. Einziger Tagesordnungspunkt war: „Papierpreis und Tagespresse“. Der Besuch dieser Tagung, in der über 1000 Setzungen aus allen Teilen des Reiches vertreten waren, legte Zeugnis ab von dem eminenten Interesse, das die Setzungsverleger der Bedeutung dieser schwierigen Fragen der fortgesetzten Papierpreis-erhöhungen usw. entgegenbringen. Nach eingehenden Verhandlungen gelangte folgende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen zur Annahme:

Die deutsche Presse befindet sich in einer ernsten Lage. Die Herstellungskosten drohen einen Höhepunkt zu erreichen, der nicht mehr überschritten werden darf, soll nicht die altbewährte, historisch gewordene Struktur der deutschen Presse zerstört werden. Wird der dauernd steigenden Belastung nicht Einhalt geboten, so kann die Presse ihre wichtigen vaterländischen Aufgaben nicht mehr erfüllen. Sie verliert an Verbreitung und Einfluß. Das wichtigste Förderungsmittel unserer nationalen Interessen wird dadurch lahmgelegt. Wenn hier vom Reiche nicht eingegriffen wird, so sind die Setzungen gezwungen, entweder ihren redaktionellen Teil bis zur Wirkungslosigkeit einzuschränken oder den Bezugspreis in einem Umfange zu erhöhen, der dem Volke, für das die Setzungen die wesentliche geistige Nahrung sind, unter den heutigen Verhältnissen unmöglich zugemutet werden kann. Gerade jetzt wären die Folgen von verhängnisvoller Wirkung für das Staatsleben. Es ist deshalb ein unumgängliches Erfordernis, daß die Reichsregierung wie bisher dafür Sorge trägt, die deutschen Setzungen vor einer untraglichen Belastung durch die Papierkosten zu bewahren.

Die zwei Gegenstimmen scheinen von „Bulshianern“ zu kommen; es gibt halt überall Elemente, die es darauf anlegen, auf Kopf zu stehen. Logisch richtig ist die vorstehende Resolution nicht, indem zum Schlusse gesagt wird, „wie bisher“ möge die Reichsregierung eine unerträgliche Belastung durch die Papierkosten von den Setzungen fernhalten. In den Organen der Setzungsverleger war bislang nicht zu lesen, daß man die Preisüberhöhung der von der noch gewinnbringenderen Papiergarnherstellung vertriebenen Fabrikannten erträglich finde. Ganz im Gegenteil kam bei dem jeweiligen Preismanöver zum Ausdruck, daß diese Verhältnisse unerträglich seien; auch die Regierung bekam ihren Teil von diesem Anwillen ab. Nun wollen, wie schon zu merken war, die Papieronkels den Ende September eintretenden Preisablauf wieder zu einem wichtigen Zeitpunkt benutzen. Man spricht von einer Erhöhung des Aufschlages um 28 Proz.! Wie früher dargelegt, sind die einzelstaatlichen Regierungen durch die von ihnen betriebene Kolonialpolitik in erheblichem Maße mitschuldig. Wegen die neue Preisoffensive sollte die Berliner allgemeine Setzungsverlegerversammlung protestieren.

Ob das mit dieser Resolution in richtiger Weise geschieht, und ob der in der Tagespresse erschienene kurze Bericht nicht infaß und eindrucksvoller hätte gestaltet werden können, darüber kann man geteilter Meinung sein. Die Setzungsverleger, die als Eigentümer über die Presse gebieten, müßten in aller Öffentlichkeit mit mehr Gleichmäßigkeit ihre Interessen vertreten; es ist das unsere Erachens in der letzten Zeit besser gelungen als durch diese Versammlung.

Da zu der Versammlung auch Vertreter des Reichswirtschaftsamts eingeladen wurden, hatte die Regierung Kenntnis von der Unruhe in Setzungsverlegerkreisen erhalten und versuchte anscheinend zu beschwichtigen. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wurde nämlich mitgeteilt, daß nach einer Erklärung des Reichswirtschaftsamts die Reichszuschüsse an die Presse im gleichen Umfang und nach dem gleichen System wie bisher weiter gewährt werden sollen. Die Reichsregierung scheint demnach dem dringenden Verlangen der Setzungsverleger in bezug auf die bisher gezahlten Zuschüsse zu den Kosten der Papierlieferung endlich Rechnung tragen zu wollen. Aber die Zuschüsse, welche von den Bundesstaaten zu leisten sind, sollen die Verhandlungen noch schweben.

Soweit wäre, wenn nicht alles frägt, der Widerstand des Reichswirtschaftsamts gegen den im „Korr.“ oft besprochenen, eigentlich nur eine Liebesgabe an die Papierfabriken darstellenden Zuschuß vom Reiche doch gebrochen. Nicht gesagt ist damit aber, ob der Beschluß des Reichstagsausschusses vom 6. Juli, daß diese Rückvergütung in Zukunft auch auf die Wochen- und Monatschriften ausgedehnt werden soll, nun auch von der Reichsregierung anerkannt wird. Diese Notwendigkeit haben wir nicht nur von der materiellen Seite aus für die Verleger wie im Interesse der Gleichstellung mit der Tagespresse gefordert, sondern auch zur Respektierung des Willens der Volksvertretung. Eine Teilerkennung, daß nur die Tagespresse Berücksichtigung finden würde, müßte von der Fach-, Zeitschriften- und Gewerkschaftspresse bekämpft werden.

Der „Setzungsverlag“ nimmt in seiner Nummer vom 13. September in einem Artikel unter der Überschrift „Presse und Propaganda“ Stellung zur Papierfrage und verbindet hiernit zugleich die Verichterstattung über die Allgemeine Versammlung der Setzungsverleger. Dem „kommenden Propagandaminister“ wird in diesem Artikel vor allem eine klare Erkenntnis für die Bedeutung „des besten Propagandainstrumentes“, der deutschen Tagespresse, gewünscht, und die „papierverhängende Flut der Armeebroschüren, Flugblätter und Monatschriften“ abfällig kritisiert. Die Opposition gegen die Regierung scheint jedoch im großen und ganzen an Schärfe verloren zu haben, immerhin wird den Reichs- und Staatsbehörden eine kühle Uninteressiertheit vorgeworfen.

Aber die Versammlung wird berichtet, daß, abgesehen von den „mehr originell als überzeugend wirkenden Äußerungen einiger weniger Außenstehender“, eine überaus einseitige Auffassung über die Lage der Setzungsverleger in der Versammlung zum Ausdruck gekommen ist. Ungefähr 400 Verleger waren anwesend, durch Vollmacht vertreten war eine noch größere Zahl, so daß die Versammlung das Mandat von über 1000 Setzungsverlegern besaß. Die Vereinigung Großstädtischer Setzungsverleger und der Verband der Berliner Vorortpresse waren korporativ vertreten. Es wird hervorgehoben, daß die Diskussion eine sehr lebhafte war und vielfach den Ton schärfter Kritik des regierungsfeligen Verhaltens brachte. Erwartet wird von der Regierung, daß sie dem Setzungsverleger die schweren Sorgen abnimmt und bald und gründlich hilft, indem sie nicht nur die Abbildung des übermäßigen Preiswachses des Setzungsdruckpapiers für die Kriegsdauer sicher, sondern auch die richtige Form findet. Das Reich solle für die gesamte Regelung der Frage eintreten, die Abbildung nicht weiter in Form von Zuschüssen an die Verleger, sondern in einer Rückvergütung an die Papierfabrikanten sichern, soweit diese durch entsprechende Niedrighaltung des Papierholzpreises nicht schon entlastet werden können. Die hier gewünschte Änderung ist prinzipiell auf zu setzen; sie führt auf die Berliner Setzungsverlegerorganisation zurück.

Sodann glaubt das Setzungsverlegerorgan besonders betonen zu müssen, daß die Tagespresse nicht aus Geschäftsinteresse nach der Sicherung ihrer täglichen Nahrung, nach der Druckpapierpelze ihrer Maschinen schreie, sondern daß sie Anspruch darauf habe, als bewährtes Organ der Öffentlichkeit und Allgemeinheit zu gelten. An die Regierung appelliert der „Setzungsverlag“ zum Schlusse folgendermaßen:

Wir hoffen, daß die Vertreter der deutschen Tagespresse in Berlin nicht tauben Ohren gepredigt haben, und daß die deutsche Presse bei den verantwortlichen Stellen das Erwachen eines Verantwortlichen für ihre eigenen wichtigen Interessen zu erwarten hat, das sie in ungenügender und aufopfernder Weise bei der Vertretung der Interessen der Gegenseite bisher immer bewiesen hat. Sie muß aber unbedingt auf die Wahrung der Gegenseitigkeit rechnen können und dafür baldigst klare Beweise erlangen.

## Ernährungswirtschaft

Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften und des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei an den Reichskanzler über das Ernährungselen.

Aber die großen Ereignisse der vergangenen Woche — zumelt schweren Kageschlägen vergleichbar für die Gewerkschaften, die den schrecklichen Krieg als stehende Einrichtung und ihren Eroberungsdrang als natürliche „deutsche“ Berufung auflassen — wird es auch im „Korr.“ nicht ohne einige Strichzeichnungen abgeben. Wir sind ja nicht nur Buchdrucker!

Vor noch nicht Monatsfrist erschien vornehmlich in Blättern, die über die Kriegsziele des deutschen Volkes wie über die Stimmung im Hinterlande Robstaänderpolitik mit stolzem Hochdruck treiben, eine blöde Plauderei „Wie man jetzt in Deutschland ist und trinkt“ von dem schwedischen Professor Lundström, der angeblich diese noch sehr gute Verfassung Deutschlands auf eignen Reisen sehr kennen gelernt haben will. Mit Ausnahme des Kaffeestrahles und des norddeutschen Kriegsbieres erzählt er das Märchen von erträglichen Verhältnissen, wo sie in Wirklichkeit am schwierigsten sind, und von grobartigen, zum Teil sogar verblüffend günstigen — wirftembergische Landorte — von denen wir allenfalls wissen, daß man dort noch nicht verhungert. Pommern, Berlin, Sachsen, Bayern und Württemberg stellen die „Gehilde der Seligen“ dar, die der Schwedische Gelehrte durchwelle, augenscheinlich, um „Frohstuden“ zu machen; Berlin erhält die schlechteste Note. Mit Leipzig fängt die „Besserung“ an, um im Süden dann „alles in Butter“ zu finden, wie man früher ohne Bedenken zu sagen pflegte. Wenn Waldow und sein Stab diesen Ansinn gelesen haben, was anzunehmen ist, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß mit dem unbehüllten Gedanken einer (von uns vorausgesetzten) Ausdehnung der schiefen Wochen geliebte Welt wird, denn nach diesen Phantasiegebilden müßte das deutsche Volk ja noch viel zu enthalten haben. Der Oberbürgermeister von Bayreuth vermag auch noch keinen Ernährungsnotstand anzuerkennen — also feste druff im weiteren Einschränkung!

In schneidendem Kontrast zu solchen Schönfärbereien steht die Denkschrift über das Ernährungswesen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Generalkommission vom 9. September. An Eingaben, gerade von letzterer Stelle hat es wirklich nicht gefehlt — erstgenannte Körperlichkeit wendet mehr das Mittel parlamentarischer Einwirkung an —, wie wir an einer Aufzählung in den Nr. 33, 35 und 38 v. J. gezeigt haben. Die jetzige Denkschrift weist darauf hin, besondert aber, daß weder die ersten Warnungen noch die gemachten Vorschläge genügend Beachtung gefunden hätten. Jetzt wären höchst bedenkliche Zustände für die breiten Massen des Volkes eingetreten. Aus allen Teilen des Reiches und den verschiedensten Volksschichten sei den unterzeichneten Körperlichkeiten steigende Unzufriedenheit zum Ausdruck gekommen. Die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes seien ständig schlechter geworden. Bedäglich durch Preisanziege eine Erhöhung der Produktion zu erreichen, wie es die Politik des Kriegsernährungsamts sei, führe ohne Ende zu einer Lebensmittelverfeuerung, die mit den gesteigerten Erzeugerkosten nicht gerechtfertigt werden könne. Erzeuger und Händler seien frohdem mit den erzielten Gewinnen nicht zufrieden. Auch für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushaltungs- und Wirtschaftsgüter müßten Phantasiepreise bezahlt werden.

Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld ihr Blut dem Vaterlande geben müssen, werden ihre Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von eignen Volksgenossen ausgefogen, die durch schamlosen Wucher mit Lebensmittel die letzten Kräfte der Armen verzehren. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maß unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der allernotwendigsten Lebensmittel.

Die schon so lange andauernde Unterernährung habe nicht nur erhöhte Sterblichkeit der Kinder und alten Leute im Gefolge gehabt, auch die Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aufs schwerste. In der letzten Zeit seien noch mehrfache Verschlechterungen hinzugekommen: die Brotkrone wurde gekürzt, die Weizenration herabgesetzt und fleischlose Wochen seien eingeführt worden. Die wohlhabende Bevölkerung helfe sich durch den Schleichhandel über die fleischlosen Wochen und sonstigen Entbehrungen hinweg.

Die Armen und Minderbemittelten aber müssen vierzehn Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die Regierung habe die Erhöhung der Getreidepreise als noch „in erträglichen Grenzen“ für die Minderbemittelten sich baldigst begehrt. Andre wichtige Nahrungsmittel seien auch im Preise gestiegen; Getreide z. B. um 50. Gruppen um 25 Proz. Brot und Kartoffeln seien immer mehr zum Rückgrat unserer Volksernährung geworden. Deshalb müßten sie ausgiebig und billig gewährt werden. Es dürfe nicht wieder bloß 7 Wd. die Kartoffelration betragen. Die vorgeschlagenen Transporterleichterungen seien nicht stichhaltig. Wenn täglich Hunderttausende von Menschen mit der Bahn befördert werden müssen, auf daß sie in geringen Mengen Kartoffeln in die Städte bringen, so ergibt das eine gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel. Eine andre Wirkung sei gewesen, daß „organisatorische Anfälligkeit“ oder „mangelnder Wille“ das darbedende Volk zur Zahlung von 20 bis 30 Wd. für einen Zentner Kartoffeln zwang. Reichlichere Versorgung mit Kartoffeln würde dem Schleichhandel



